

INHALTSVERZEICHNIS

Gegenstand der Untersuchung	19
Erster Teil: Rechtliche Einordnung der Schiedsvereinbarung	23
A. Rechtsnatur der Schiedsvereinbarung	23
§ 1 Schiedsvereinbarungen als Prozessvertrag	24
§ 2 Schiedsvereinbarungen als materiell-rechtliche Vereinbarung	26
I. Eine genuin materiell-rechtliche Vereinbarung ...	27
II. Eine materiell-rechtliche Vereinbarung über prozessuale Bestimmungen	28
§ 3 Gemischt prozessual-materiell-rechtliche Vereinbarung	29
§ 4 Stellungnahme	30
B. Schiedsverfahren als privatautonome Alternative zum Staatsgericht	35
§ 1 Privatautonomie – Begriff und Bedeutung	36
I. Historischer Überblick	38
II. Verwendung der Privatautonomie in dieser Arbeit	40
§ 2 Privatautonomie als Quelle des Schiedsverfahrensrechts	40
I. Privatautonomie als Leitgedanke des alten Schiedsrechts	40
II. Privatautonomie als Leitgedanke des neuen Schiedsrechts	42
1. Freiwilligkeitskontrolle und Privatautonomie	42
a) Notwendigkeit eines freiwilligen Abschlusses der Schiedsvereinbarung	43
b) Gegenauffassung: keine Notwendigkeit einer Freiwilligkeitskontrolle	48
c) Einordnung und Bewertung	49

2. Streitgegenstandserweiterung als Abkehr von der Privatautonomie	51
a) Darstellung der Auffassung	52
b) Einordnung und Bewertung	52
3. Gleichwertigkeitsthese und Privatautonomie	58
4. Ausprägungen der Privatautonomie im 10. Buch der ZPO	62
III. Zwischenergebnis	63
C. Anwendbare Vorschriften	64
§ 1 Anwendbarkeit des Allgemeinen Teils des BGB sowie des Schuldrechts	64
§ 2 Anwendbarkeit des Gesellschaftsrechts	64
I. Schiedsvereinbarungen als Vertrag	65
II. Verfolgung eines gemeinsamen Zwecks	66
III. Schuldrechtliche Pflichten zur Zweckförderung ..	68
1. Verfahrensförderpflichten der Parteien	68
2. Treuepflichten der Parteien	69
IV. Innenverhältnis der Gesellschafter	69
V. Einordnung und Rechtsfolge	71
D. Schlussbetrachtung Erster Teil	72
Zweiter Teil: Vertragliche Beendigung	75
A. Beendigung durch Aufhebungsvertrag	75
§ 1 Aufhebungsangebot	76
I. Das formlose Aufhebungsangebot	76
1. Form der Schiedsvereinbarung	76
2. Das formlose Angebot zur Aufhebung der gesamten Schiedsvereinbarung	77
3. Das formlose Angebot zur Teilaufhebung	82
a) Formbedürftigkeit von Änderungen	83
aa) Durch die Rechtsprechung anerkannte Ausnahmefälle	84

bb) Das Schrifttum zur Formbedürftigkeit von Änderungen	85
cc) Formbedürftigkeit der Änderung von Schiedsvereinbarungen	86
b) Eine formlose Teilaufhebung von Schiedsvereinbarung ist möglich	88
aa) Möglichkeit der formlosen Teilaufhebung	88
bb) Vorteil der Anerkennung einer Teilaufhebbarkeit von Schiedsvereinbarungen	92
4. Sonderfall: das Angebot zur formlosen Aufhebung bei Verbraucherbeteiligung	96
5. Exkurs: <i>De lege ferenda</i> Rückkehr zum formlosen Abschluss der Schiedsvereinbarung	97
6. Ergebnis	102
II. Das konkludente Aufhebungsangebot	103
1. Bestimmung des Willens zur Aufhebung einer Schiedsvereinbarung	104
a) Position der Rechtsprechung	105
b) Position im Schrifttum	108
c) Einordnung und Bewertung	110
aa) Maßstab zur Bestimmung des Aufhebungswillens	110
bb) Reichweite des Aufhebungswillens ..	114
(1) Streitgegenständliche Betrachtung des Aufhebungswillens	115
(2) Gesamtbetrachtung des Aufhebungswillens	116
(3) Eigener Ansatz: Sachverhaltsbetrachtung des Aufhebungswillens	118
(4) Ausnahmen	119
2. Ergebnis	119

§ 2 Annahme der Aufhebung	120
§ 3 Zeitpunkt der Aufhebung	121
I. Aufhebungsvertrag nach Erlass des Schiedsspruchs	121
II. Aufhebungsvertrag nach Vollstreckbarerklärung des Schiedsspruchs	123
III. Ergebnis	126
B. Beendigung durch Vereinbarung einer auflösenden Bedingung	126
C. Schlussbetrachtung Zweiter Teil	129
Dritter Teil: Einseitige Beendbarkeit der Schiedsvereinbarung ...	131
A. Beendigung durch Kündigung	131
§ 1 Kündigung aus wichtigem Grund	131
I. Anwendbarkeit von § 723 BGB	132
1. Zeitliches Element der Schiedsvereinbarung	133
2. Ausschluss der ordentlichen Kündigung durch § 1032 ZPO	137
3. Ergebnis	138
II. Anwendbarkeit von § 723 Abs. 1 S. 2/§ 314 BGB	139
1. Vorliegen eines wichtigen Grundes	140
a) Verhaltensbezogene Kündigung	141
aa) Keine wichtigen Gründe gemäß der Rechtsprechung	142
bb) Wichtige Gründe gemäß der Rechtsprechung	143
b) Kündigung aufgrund von Undurchführbarkeit	144
aa) Fallgruppen der Undurchführbarkeit	145
(1) Verfahrensbezogene Undurchführbarkeit	145

(2) Vereinbarungsbezogene Undurchführbarkeit	147
(3) Undurchführbarkeit aufgrund äußerer Einflüsse	148
bb) Rechtsprechung: keine Kündigung mehr bei Undurchführbarkeit	149
cc) Schrifttum: Kündigung weiterhin erforderlich	150
dd) Stellungnahme	152
2. Zwischenergebnis	157
3. Erfordernis einer vorherigen Abmahnung/Abhilfefrist	157
4. Möglichkeit der Teilkündigung	159
a) Subjektive Teilkündigung der Schiedsvereinbarung	159
b) Objektive Teilkündigung der Schiedsvereinbarung	161
5. Form der Kündigung	162
6. Zeitpunkt der Kündigung	163
7. Zwischenergebnis	164
§ 2 Kündigung bei Störung der Geschäftsgrundlage	165
I. Fallgruppen der Störung der Geschäftsgrundlage	165
II. Abgrenzung und Rechtsfolgen	167
§ 3 Vereinbarung eines vertraglichen Kündigungsrechts ..	168
I. Vertragliche Definition von wichtigen Gründen ...	169
II. Möglichkeit einer ordentlichen Kündigung	169
B. Beendigung durch Rücktritt	170
§ 1 Anwendbarkeit des Rücktrittsrechts auf Schiedsvereinbarungen	171
I. Anwendbarkeit des Rücktrittsrechts auf Dauerschuldverhältnisse	172
II. Anwendbarkeit des Rücktrittsrechts auf nicht-synallagmatische Vertragsverhältnisse	173

§ 2 Rücktrittsgrund und Rechtsfolge	175
C. Beendigung durch Anfechtung	176
§ 1 Allgemeines	176
§ 2 Zeitpunkt der Anfechtung	177
§ 3 Rechtsfolge	179
§ 4 Ergebnis	180
D. Schlussbetrachtung Dritter Teil	180
Vierter Teil: Wegfall der Schiedsvereinbarung	183
A. Erlöschen der Schiedsvereinbarung nach § 726 BGB	183
§ 1 Erlöschen durch Zweckerreichung	184
§ 2 Erlöschen durch Unmöglichkeit der Zweckerreichung	185
I. Definition und Prüfungsmaßstab	185
II. Fallgruppen	186
1. Rechtliche Unmöglichkeit der Zweckerreichung	186
a) Fallgruppen der rechtlichen Unmöglichkeit	186
b) Sonderfall: Rechtliche Unmöglichkeit bei vorangehendem rechtskräftigen Urteil	187
aa) Verhältnis von vorangehendem rechtskräftigen Urteil zum Schiedsspruch	187
(1) Das Schrifttum zur Bindung des Schiedsgerichts	190
(2) Stellungnahme	192
(i) Schiedsspruch verletzt die materielle Rechtskraft des Urteils	192
(ii) Gesetzliche Bindung des Schiedsgerichts	193

(iii) Rechtsfolge eines Verstoßes gegen die materielle Rechtskraft	196
bb) Auswirkungen auf die Schiedsvereinbarung	201
2. Tatsächliche Unmöglichkeit der Zweckerreichung	204
III. Rechtsfolge	205
§ 3 Ergebnis	206
B. Erlöschen nach § 727 BGB	206
C. Schlussbetrachtung Vierter Teil	207
Schlusswort	209
Endergebnis in Thesen	213
Literatur	215